Beiträge zu IV Q 2026

Beiträge zu aktuellen Themen aus den verschiedenen Anlageberichten

Der Inhalt dieser Beiträge dient nur der Information und als Diskussionsgrundlage. Die Informationen beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten. Eine Gewähr für die Richtigkeit des Inhaltes und vollständige Darstellung aller wesentlichen Gesichtspunkte kann jedoch nicht übernommen werden. Bei Nachdruck – auch auszugsweise – bitten wir um Quellenangaben: Benelli Consulting – www.benelli-consulting.ch

Contents 2026

IV Quartal 2026

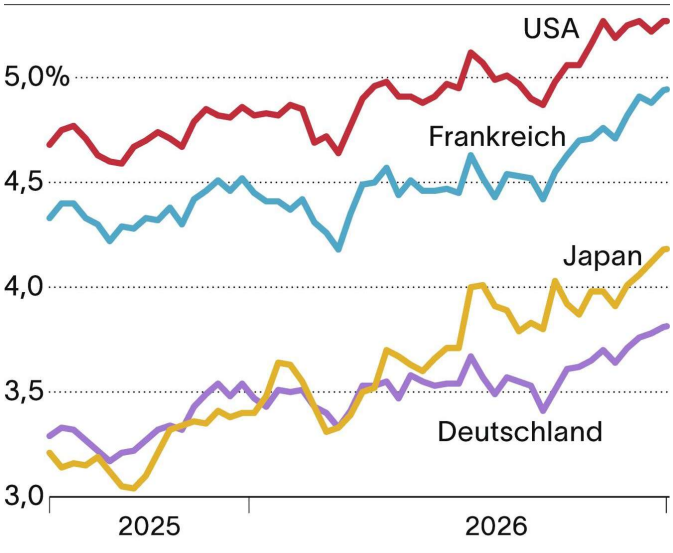
1. Die Schulden steigen überall

Die Staatsverschuldung steigt in vielen Industrieländern weiter an. Gleichzeitig wird es für zahlreiche Staaten teurer, sich an den Kapitalmärkten zu refinanzieren. Die Zeiten, in denen hohe Defizite dank extrem niedriger Zinsen nahezu problemlos finanziert werden konnten, scheinen endgültig vorbei zu sein.

Besonders deutlich zeigt sich dies in den USA, wo die Rendite langfristiger Staatsanleihen im September weiter auf über 5% gestiegen ist. Aber auch in Europa, Grossbritannien und Japan stehen die Anleihemärkte unter Druck.

Anleger wollen Risikozuschläge für Staatsanleihen

Renditen von Staatsobligationen mit 30 Jahren Laufzeit, in Prozent



Quelle: S&P Global Market Intelligence NZZaS / bet.

Besondere Aufmerksamkeit gilt Frankreich. Die Verschlechterung der Staatsfinanzen und die politische Unsicherheit haben dazu geführt, dass französische Staatsanleihen zeitweise ähnlich hoch oder sogar höher rentierten als vergleichbare italienische Titel.

Neben der hohen Staatsverschuldung treiben hartnäckige Inflation, hohe Energiepreise sowie der enorme Kapitalbedarf für Infrastruktur und künstliche Intelligenz die langfristigen Zinsen nach oben.

Die Anleger befürchten, dass die Regierungen Mühe haben werden, die Defizit- und Schuldenentwicklung unter Kontrolle zu bringen. So erwarten Investoren ein hohes Angebot an Anleihen und schwächere Kreditkennzahlen. Zudem rechnen sie damit, dass Schulden durch neue Steuern oder eine expansive Geldpolitik der Zentralbanken finanziert werden müssen. Dies befeuert die Inflationserwartungen.

Am Bondmarkt wird damit wieder stärker zwischen solider und weniger solider Fiskalpolitik unterschieden. Staaten können nicht mehr selbstverständlich davon ausgehen, dass die Kapitalmärkte ihre Defizite dauerhaft günstig finanzieren. Eine neue Staatsschuldenkrise ist zwar nicht unser Basisszenario, die Risiken haben jedoch deutlich zugenommen.

2. Das Vertrauen in die USA wird auf die Probe gestellt

Über Jahrzehnte hinweg bildeten die USA das Zentrum des globalen Finanzsystems. Die Grösse ihrer Wirtschaft, die Tiefe ihrer Kapitalmärkte und der US-Dollar als wichtigste Reservewährung machten US-amerikanische Vermögenswerte zum bevorzugten Anlageziel internationaler Investoren.

Dieses Vertrauen wird zunehmend auf die Probe gestellt. Die protektionistische Handelspolitik, hohe Haushaltsdefizite und der politische Druck auf die Zentralbank sorgen für Unsicherheit. Gleichzeitig hat die US-Staatsverschuldung inzwischen die Marke von USD 40 Billionen erreicht.

Um die langfristigen Zinsen zu senken, kauft nun das US-Finanzministerium bereits ausstehende Staatsanleihen mit langen Restlaufzeiten zurück und finanziert dies durch die Ausgabe neuer kurzfristiger Schuldtitel mit niedrigeren Coupons. Entscheidend bleibt allerdings die Rolle der US-Notenbank (Fed) und damit, ob die Geldpolitik tatsächlich unabhängig bleibt. Sollte die Fed ihre Bilanz wieder deutlich ausweiten und in grossem Umfang US-Staatsanleihen erwerben, wären wir faktisch zurück beim Quantitative Easing**.**

Die Fed hat im September den Leitzins erhöht und damit signalisiert, dass die Bekämpfung der Inflation weiterhin Priorität hat. Eine unmittelbar bevorstehende Rückkehr zu einem gross angelegten Quantitative Easing erscheint derzeit wenig wahrscheinlich, bleibt aber ein Risiko für die Zukunft. Für die Finanzmärkte wird deshalb neben der Zinsentwicklung auch die Wahrnehmung der institutionellen Unabhängigkeit der Fed wichtig bleiben.

3. US-Protektionismus stärkt neue Handelsallianzen

Der zunehmende US-amerikanische Protektionismus hat international eine Gegenbewegung ausgelöst. Viele Länder reagieren nicht primär mit eigenen Handelsschranken, sondern diversifizieren ihre Absatzmärkte und bauen neue Handelsbeziehungen auf.

Besonders aktiv ist Europa. Die EU hat ihre Handelsbeziehungen mit Indien, Australien, Mexiko und den Mercosur-Staaten weiter ausgebaut. Gleichzeitig suchen Kanada und verschiedene asiatische Staaten verstärkt nach neuen Partnerschaften.



Auch für die Schweiz eröffnet diese Entwicklung Chancen. Im August 2026 wurden die Verhandlungen zur Optimierung des Freihandelsabkommens mit China abgeschlossen. Nach Inkrafttreten sollen nahezu sämtliche heutigen Schweizer Exporte zollfrei auf den chinesischen Markt gelangen können. Auch das Abkommen zwischen den EFTA-Staaten und Mercosur könnte die Diversifikation des Schweizer Aussenhandels weiter unterstützen.

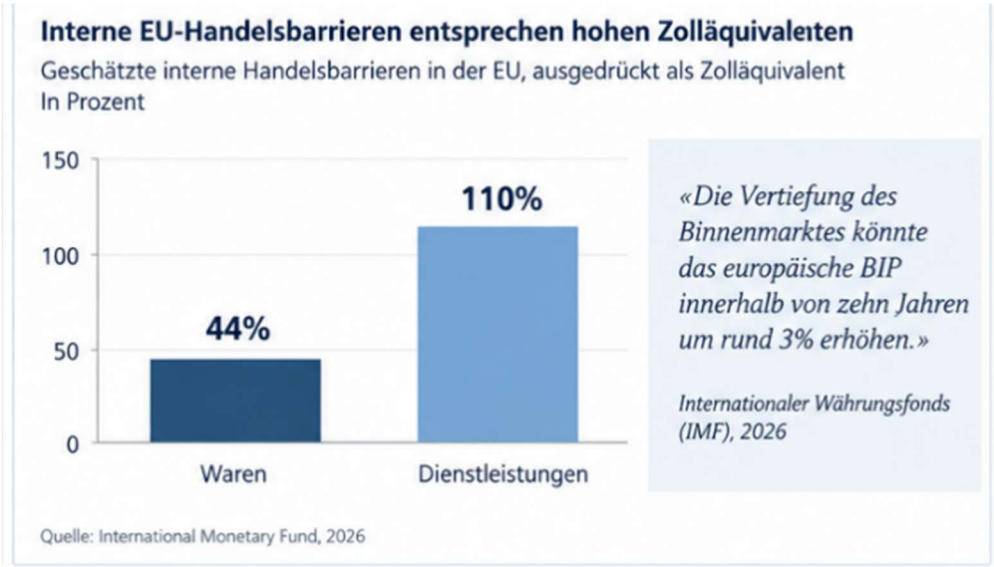
Für eine kleine, exportorientierte Volkswirtschaft wie die Schweiz wird ein möglichst breiter Zugang zu internationalen Märkten in einer zunehmend fragmentierten Weltwirtschaft immer wichtiger.

4. Eine weitere Chance für Europa

Europas grösste wirtschaftliche Chance liegt möglicherweise nicht in China oder den USA, sondern innerhalb Europas selbst.

Der europäische Binnenmarkt gehört zu den grössten Wirtschaftsräumen der Welt, ist jedoch auch mehr als drei Jahrzehnte nach seiner Einführung noch nicht vollständig verwirklicht. Besonders bei Dienstleistungen, Kapital, Energie und grenzüberschreitenden Investitionen bestehen weiterhin erhebliche nationale Hindernisse.

Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) entsprechen die internen Handelsbarrieren innerhalb der EU bei Waren einem Zoll von rund 44% und bei Dienstleistungen sogar von rund 110%. Der IWF schätzt, dass eine weitere Vertiefung des Binnenmarktes das europäische BIP innerhalb von zehn Jahren um rund 3% erhöhen könnte.



Europa verfügt über grosse Ersparnisse, hochqualifizierte Arbeitskräfte, starke Industrieunternehmen und eine bedeutende Forschungslandschaft. Das Problem liegt also weniger im Fehlen dieser Ressourcen als in ihrer Fragmentierung.

Ein stärker integrierter Kapital-, Dienstleistungs- und Energiemarkt sowie weniger nationale Regulierungen könnten die Produktivität erhöhen und europäischen Unternehmen ein schnelleres Wachstum ermöglichen.

In einer Welt zunehmender Handelskonflikte liegt deshalb eine der grössten wirtschaftlichen Chancen Europas innerhalb seiner eigenen Grenzen.